

Arbeitsrat
des Vorstandes der Sozialdemokratischen
Partei



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/55 - 7. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 806 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

| | | |
|-------|---|----|
| 1 | <u>Treffpunkt Genf</u> Im Gestrüpp der Memoranden und "Fühlungsnahmen" | 46 |
| 2 | <u>Unteilbare Freiheit</u> Jilienhauers <u>Offener</u> Brief an Sukarno | 42 |
| 3 | <u>Sozialdemokraten in Nordamerika</u> Chancen der kanadischen Sozialdemokratie | 48 |
| 4 | <u>Vorgeuländel für den Wahlkampf in Österreich</u> Kombinationen und Spekulationen Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta | 42 |
| 5 - 6 | <u>"Die blutenden Grenzen Asiens" (XIII)</u> Im Reiche der alten Götter und des Könige Mahendra Der Schatten Mao Tse-tungs fällt über Nepal Von Erwin Erasmus Koch | 82 |

* * * * *
* * *

Treffpunkt Genf

Im Gestrüpp der Memoranden und "Fühlungnahmen"

sp - Woch selten war vor einer grossen internationalen Konferenz das Gestrüpp von Memoranden, Briefen und sonstigen "Fühlungnahmen" so undurchsichtig wie vor der neuen Genfer Abrüstungskonferenz, die nunmehr in der nächsten Woche beginnen soll. Offiziell lautet das Thema "Abrüstung"; inoffiziell jedoch scheinen alle Hauptbeteiligten an der Konferenz daran interessiert zu sein, auch andere zwischen Ost und West liegende strittige Punkte gründlich zu erörtern. Die Skala der bereits jetzt angedeuteten Themen geht von Berlin über Algerien, Indien und China bis nach Korea. Wenn also diese neue Genfer Konferenz auch nur annähernd zur Bereinigung der internationalen Atmosphäre beitragen soll, müssten die Hauptbeteiligten mit einem unverstellbaren Mass von gutem Willen und Zeit an die Arbeit gehen.

Die sowjetische Politik schwankt seit einigen Monaten zwischen Vorprellen und Nachgeben. Fast könnte man sagen, in Moskau werde das Instrumentarium aussenpolitischer Demarchen auf die jeweiligen Erfolge bzw. Misserfolge der grossen Atomwaffenbesitzer abgestimmt.

Nun ist es aber so, dass keine der beiden Seiten mit absoluter Sicherheit sagen könnte, wer denn nun einen Vorsprung vor dem anderen hat. Die Siegesnachrichten von den Experimentierfeldern sind alternativ, und genau in Augenblicken, da man glaubt, die eine Seite hätte nunmehr einen Vorsprung, wird die Welt von der anderen Seite mit neuen Erfolgsmeldungen überrascht. Mit der Fortsetzung dieses nunmehr bereits seit Jahren andauernden Spiels muss man auch für die Zeit der Genfer Konferenz rechnen.

Es ist verständlich, dass sich die meisten Deutschen trotz der riesigen Dimensionen, die der Ost-West-Konflikt angenommen hat, fragen, welche Möglichkeiten für die Lösung des Deutschlandproblems heute noch gegeben sind. In dieser Beziehung scheint aber gerade in Bonn die Verwirrung grösser denn je zu sein. Seit langer Zeit hat man kaum noch etwas Konkretes über die Vorstellungen der Bundesregierung erfahren können. Zwar war das letzte Memorandum Bonns an die Adresse von Moskau so gehalten, dass unter Umständen sogar neue Gesprächsthemen zum Deutschlandproblem sichtbar werden könnten. Aber seither wird auf der Stelle getretelt, und nicht einmal unsere westlichen Freunde sind - unseres Wissens - über alles informiert. (Adenauer: "Mein Freund de Gaulle").

Als Gesamtkonzeption wird die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes von allen demokratischen Kräften getragen. Auch die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik bekennen sich zu diesem Grundsatz. Bis man jedoch an den Punkt gelangt ist, an dem mit diesem Grundsatz wirklich Politik gemacht werden kann, gibt es sicher noch sehr sehr viele Zwischenstationen, für die auch ein Konzept vorhanden sein müsste.

Aussenminister Schröder wird den amerikanischen Aussenminister Dean Rusk vor Beginn der Genfer Konferenz sprechen. Es könnte sein, dass Herr Rusk diesmal von Bonn mehr zu hören erwartet, als ihn ohnehin schon bekannt ist.

Unteilbare Freiheit

Ollenhauers Offener Brief an Sukarno

E.D. - In zahlreichen Ländern dieser Erde schmachten Menschen hinter Gefängnisgittern oder Stacheldraht, weil sie das unteilbare und unverzichtbare Recht des Individuums in Anspruch nahmen, anders zu denken oder zu handeln, als es die Lösungen der jeweils an der Macht befindlichen politischen Gruppen vorschreiben. Dieser Tatbestand ist nicht nur bedauerlich und beklagenswert, er zwingt einen jeden von uns, Stellung zu nehmen und sich mit ihm auseinanderzusetzen. Hierbei geschieht es leider sehr oft, dass viele vor uns den bequemsten Weg der Auseinandersetzung wählen: das Schweigen. Dieses Schweigen ist umso bedrückender, da es von denen praktiziert wird, die sich in der Entscheidung von Recht und Unrecht persönlich keinerlei Zwang aufzuerlegen brauchen, da sie den Vorzug haben, in einer freien Gesellschaft zu leben, in der auszusprechen, was man für richtig hält, nicht nur erlaubt, sondern geradezu die Vorbedingung dafür ist, dass diese Form der Gesellschaft funktioniert.

Ohne Zweifel weiss die überwältigende Mehrzahl von uns, dass die kommunistische Form der Unfreiheit allerorten anzuprangern und zu entlarven ist, sei es hinter der Mauer und der Zonengrenze oder überall dort, wo sie auftritt. Und sicherlich wissen auch die meisten von uns, aus eigener harter und bitterer Erfahrung, was nazistischer und faschistischer Zwang und Knechtschaft sind. Ob man aber immer genau erkennt, was es bedeutet, wenn die Träger der Macht in einem Lande, unter fadenscheinigen Vorwänden und phrasenhaften Beteuerungen, Menschen einsperren, die als Sozialdemokraten ihrem Volk und der Freiheit ihres Landes im Kampf gegen bessere Feinde treue Dienste geleistet haben? Hier zu schweigen, hiesse die Freiheit des Menschen verraten und das Opfer von Hunderttausenden, die dem Terror des Kommunismus und des Fasizismus erlagen, nachträglich beflecken.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und mit ihr die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale schweigen nicht, wenn es gilt, das Unrecht und die dafür Verantwortlichen beim Namen zu nennen. So hat der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, der gleichzeitig einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale ist, in einem Offenen Brief an den indonesischen Staatspräsidenten Sukarno gegen die Verhaftung des indonesischen Sozialistenführers Sutrisuhir und seiner Freunde protestiert. Dieser Protest sollte gewertet werden als das, was er ist: als ein Zeichen der Verbundenheit mit den Inhaftierten und als eine sehr ernste und eindeutige Mahnung und Warnung. Die Freiheit ist unteilbar. Wer sie antastet, in Moskau, Pankow, Madrid oder Djakarta, darf nicht damit rechnen, dass die deutsche Sozialdemokratie schweigt. Unser Bekenntnis zur Freiheit ist nur soviel wert, als wir bereit sind, für die Freiheit aller einzutreten, auf welchen Breiten- oder Längengrad unserer Erde sie auch leben.

+ + +

Sozialdemokraten in Nordamerika

Ob-Kan. - Kanada hat eine starke Gewerkschaftsbewegung mit über einer Million Mitgliedern sowie eine recht gut entwickelte Genossenschaftsbewegung, aber eine nicht sehr starke Partei von sozialdemokratischem Typus. Diese spielt seit zwanzig Jahren eine unbedeutende Rolle in der bundesstaatlichen Politik. In einigen der Bundesländer hatte sie zeitweise einen gewissen Einfluss. Das Bundesland Saskatchewan hat seit Beginn der 40er Jahre eine sozialdemokratische Regierung, was einzigartig in ganz Nordamerika ist. Die dort geführte Politik hat die Bundesregierung - und auch Regierungen in anderen Bundesländern - nach und nach gezwungen, ihre Politik auf gewissen Gebieten zu modernisieren.

Die kanadische Parteienstruktur hat dazu beigetragen, die sozialdemokratische Partei stagnieren zu lassen. Mehrere Klemparteien, darunter eine Agrarierpartei, haben mit den Sozialdemokraten erfolgreich um die "Grenzwähler" konkurrieren können. Entscheidend ist aber wohl gewesen, dass die Partei keine nennenswerte Unterstützung bei der Gewerkschaftsbewegung gefunden hatte. Erst 1958 nahm der kanadische Gewerkschaftsbund (CIO) auf dem Kongress in Winnipeg den Beschluss, eine neugebildete Partei, die New Democratic Party (NDP) zu stützen. Deren Grundlage sind die den CIO angeschlossenen Gewerkschaften sowie die alte sozialdemokratische Partei (CCF).

Während drei Jahren hatte man hart am Aufbau einer starken Parteiorganisation gearbeitet. Die Früchte zeigten sich auf dem Ende Juli/Anfang August 1961 in Ottawa abgehaltenen Kongress. Dort wurde die Partei reorganisiert und bekam den Namen Neue Demokratische Partei. Nach den Statuten kann ausser der individuellen Mitgliedschaft von Personen auch die kollektive von Gewerkschaften, Genossenschaften, Landwirtschaftlichen und anderen Organisationen erworben werden. Diese Organisationen bilden den Kern und das finanzielle Rückgrad der Partei.

Einer der Hauptpunkte des Parteiprogramms ist die Vollbeschäftigung. Wie die USA, so hat auch Kanada eine beträchtliche Arbeitslosigkeit. Im Laufe des Jahres 1961 schwankte die Zahl der Erwerbslosen zwischen 350 000 und 800 000 oder 9,5 bis 11,5 Prozent aller Arbeitskräfte. Im Parteiprogramm wird eine Gesellschaft der Vollbeschäftigung angestrebt, zu der eine bessere Wirtschaftsplanung führen soll. Die öffentlichen Investitionen (Schulen, Krankenhäuser, Strassen usw.) sollen beträchtlich erhöht werden.

Für das Jahr 1962 werden in Kanada Wahlen zum Bundespaplament erwartet. Kenner des politischen Lebens in Kanada geben der NDP gute Wahlchancen. Führende Personen der Gewerkschaftsbewegung - so der Vorsitzende Claude Jodoin und der Schatzminister Donald MacDonald - sind stark engagiert. Der erste Vorsitzende der NDP, T.C. Douglas, sozialdemokratischer Premierminister in Saskatchewan seit 1944, genießt im ganzen Lande Respekt und Vertrauen. Er befürwortet eine Reformpolitik skandinavischen Vorbilds. Im Sommer 1961 hatte eine Delegation Schweden besucht, um dort das Gesundheits- und Krankenpflegewesen zu studieren; der von ihr erstattete Bericht empfiehlt ein solches schwedisches Typus auch für Kanada.

Die NDP sieht eine ihrer wichtigsten Aufgaben in einer Reform der kanadischen Sozial-, Arbeits- und Vereinigungsgesetzgebung. Man sieht darin den Ansatzpunkt zu einer Wohlfahrtsgesellschaft, in der die Arbeitnehmer Kanadas einen echten Anteil an der Politik des Landes haben können.

Vorgeplänkel für den Wahlkampf in Österreich

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In Österreich wird das Parlament jeweils für vier Jahre gewählt, länger als drei Jahre aber halten es die beiden Koalitionsparteien, ÖVP und SPÖ, miteinander nicht aus, ohne den Wähler um seine Meinung zu befragen. Weil das Regierungsprogramm noch zum grössten Teil unerfüllt ist, wollten die Sozialisten die gesamte Legislaturperiode des Nationalrates - das ist bis Mai 1963 - zur sachlichen Arbeit nutzen. Die Aussichten dafür waren umso besser, als in den vergangenen Monaten innerhalb der ÖVP wieder jene Kräfte an die Spitze kamen, die für eine loyale Zusammenarbeit innerhalb der Koalition eintreten.

Nun läuft aber diesmal zufällig zur gleichen Zeit wie die Legislaturperiode des Parlaments auch die sechsjährige Funktionsperiode des vom Volke gewählten Bundespräsidenten ab. Alle österreichischen Bundespräsidenten seit 1945 waren Sozialisten: Dr. Karl Renner, Dr. Theodor Körner und - gegenwärtig - Dr. Adolf Schäfer, der frühere Vorsitzende der SPÖ. Der heute 72jährige Bundespräsident geniesst eine so grosse Popularität und allgemeine Wertschätzung, dass seine Gesundheit vorausgesetzt - mit seiner Wiederwahl im Mai 1963 zu rechnen ist. Ein solches Votum aber wäre eine Beeinträchtigung der Wahlchancen der ÖVP.

Die Volkspartei hat sich deshalb entschlossen, auf die Abkaltung der Nationalratswahlen schon im Herbst 1962 zu drängen. Man spricht vom 11. November, obgleich noch kein Termin wirklich festgelegt ist. Die SPÖ ist an sich gegen eine solche Vorverlegung der Neuwahlen, kann sich aber andererseits nicht dagegen sträuben, weil sie erstens ohne den Koalitionspartner nicht allein weiterregieren kann und weil sie zweitens eine Wählerentscheidung nicht zu fürchten hat. Die Sozialisten stellen daher als einzige Bedingung, dass die Zeit bis zum Beginn des eigentlichen Wahlkampfes noch gut genutzt wird und jene Gesetze beschlossen werden, die dem Regierungsprogramm und den wichtigsten Erfordernissen der Bevölkerung entsprechen.

Kerner der politischen Verhältnisse in Österreich werden die Aussichten der Erfüllung dieses gewiss vernünftigen Wunsches nicht allzu hoch einschätzen, denn wenn einmal feststeht, dass in absehbarer Zeit Neuwahlen stattfinden, ist alles nur darauf abgestimmt, sich dafür ein gutes Klima zu schaffen und die andere Seite gleichzeitig nach Möglichkeit daran zu hindern. Das Zentralorgan der SPÖ, die "Arbeiter-Zeitung", vertrat dieser Tage in einem Leitartikel als Ausweg eine gute Idee, nämlich die positive Leistung im Vorwahlkampf für sich sprechen zu lassen. Sie regte also gewissermaßen den Leistungswettbewerb der beiden Parteien an. Erfahrungsgemäss aber zeitigt unter den gegenwärtigen Bedingungen die weitere Zusammenarbeit keine besonderen Früchte mehr. Das Vorgeplänkel für den kommenden Wahlkampf ist also bereits im Gange.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (XIII)

Im Reiche der alten Götter und des Königs Mahendra

Von Erwin Erasmus Koch

Kathmandu (Nepal), März 1962

Indien, der "Kontinent des Rosenapfelbaums", liegt jenseits des gefürchteten Terai, des malarieverseuchten Dschungels, den selbst der europäische Nabob meidet, der Grosswildjäger, Jeder genügend dollarstarke bundesdeutsche Büchsenheld könnte in Terai soviel Tiger fällen, wie es seine an die Majestät von Nepal, den "König der Könige" Mahendra, zu zahlende Abschussprämie erlaubt. Die Nimrods aus dem Wirtschaftswunderland aber bleiben dem Terai fern. Man überfliegt diesen glutheissen Rhododendron-Urwald besser, obwohl in ihm nicht nur der schönste Oleander, sondern auch die seltensten Orchideen wachsen.

Tourismus - grosses Geschäft

Ich flog von Calcutta unmittelbar in eines der jüngst noch verschlossensten Reiche der Erde. Zu ihnen zählte Nepal vor zehn Jahren. Mit dem Sturz der letzten Dynastie von Premierministern hat der "König", die Inkarnation eines Bodhisattva, zumindest seine Residenz Kathmandu dem Besuch der Fremden zum "sight-seeing" geöffnet, was soviel heisst, dass der ausreichend zahlungskräftige Besucher aus dem Westen übergenug an Hindu, Shiva- und Buddha-Tempeln zu sehen hat. "Sight-seeing" ist das grosse Geschäft geworden, nicht nur in Nepal, sondern allerorts in Indien, in Burma, in Kambodja, in Thailand und in der Malaya-Konföderation, vor allem in Singapur. Kathmandu hat seine "kühle" Jahreszeit, immerhin noch dreissig Grad Celsius im Schatten.

Dollarsegen von Ost und West

Überhaupt fällt dieses Jahr in Südostasien aus der Reihe; die Temperaturen sind entgegen aller Regel sommerlich heiss, wenn auch noch nicht tropisch schwül. Das kommt später, im April, wenn die ersten Taifune die Südchina-See und Hong Kong heimsuchen. Aber trotz dieser "kühlen" Jahreszeit brodelt es in Kathmandu. Auf Mahendra, den König der Könige, war in der Fagen, als ich mich noch in Bangkok und gottsedank weit vom Schuss befand, ein Attentat verübt worden. Die Opposition, ein Gemisch von Nationalisten und entmachteten Granden, bediente sich dieses durchaus unparlamentarischen Mittels. Insoweit stand sie mit dem "König" auf durchaus gleichen Füssen. Auch Seine Majestät ist der Demokratie zutiefst abhold. Mahendra herrscht souverän. Wie lange noch? Das ist eine andere Frage. Jedenfalls hat er gegenwärtig das Heft in der Hand.

Auf ihn strömt ein Dollarsegen von Ost und West. Doch der Ostwind weht in Asien stärker als der Westwind. König Mahendra nahm, wie man munkelt, auf Geheiss Mao Tse-tungs von Tschou En-lai, dem Premier Chinas, eine Entwicklungshilfe, die diesen "on dit" nach wie vor Burma 300 Millionen Dollar betragen haben soll. Dafür wurde der grösste Teil

des Arealis um den Mount Everest chinesisch. Ein Highway wird in einigen Jahren Kathmandu unmittelbar mit Tibet und die grossen China-Strassen auf dem Dach der Welt verbinden. Nepal ist in den Machtbereich Mao gefallen, des Dschusi (Vorsitzenden, Führers) der Partei der Güterverteilung; so wird die KPCh gefühlvoll umschrieben. Mao Tse-tung bleibt dabei seiner Devise treu: "Man kann sich nicht die Füße beschneiden, damit sie in den Stiefel passen!" Er meint damit recht chinesisch sein Verhältnis zur Sowjetunion, da ihn Chruschtschow vergeblich nahelegte, dass er von den die Inder maßlos ärgernenden Annexionen entlang dem Himalaya-Massiv ablasse. Nepal wurde jedenfalls ein Glied in der Kette Rot-Chinas zur Einkreisung Indiens. Mit der Entwicklungshilfe des übergewaltigen Nachbarn aus dem Norden kamen chinesische Geologen, chinesische Ingenieure, es kamen "Fachleute" jeder Art aus Peking, vor allem Polit-Instrukteure, die den absoluten Kommunismus preisen. Man erkennt sie unschwer an ihren hochgeschlagenen Pelzmützen, die ein Attribut der Funktionäre aus Peking zu sein scheinen, trotz 30 Grad im Schatten.

Nur 7-Tage-Visum für Nepal

Das Reich der Alten Götter, Nepal, steht dem Fremden, fast nur auf Stunden berechnet, offen. Wenige Meilen hinter Kathmandu beginnt neuerdings die Sperrzone. Bis in die Tempelresidenz und nicht weiter, so drückt es, wenn auch unsichtbar, das Visum aus. Die Inder gewähren es auf höchstens sieben Tage, nach einer unglaublichen Fülle von Formalitäten, zu denen sie es in allen Staaten Asiens zur unbestrittenen Meisterschaft gebracht haben. Vorderhand gilt Nepal weiter als indisches "Protectorat". Diese Schutzherrenschaft steht auf äusserst schwachen Füßen, trotz militanter Drohungen Nehrus für der Fall, dass es Mao-Tse-tung einziele, künftig noch mehr indisches Hoheitsgebiet zu okkupieren. Rechnet nun der aller Gewaltlosigkeit entsagende "grosse alte Mann", dieser für uns Deutsche unangenehm seltsame "Neutralist", Nepal zum indischen Hoheitsgebiet? Staatsrechtlich natürlich nicht, aber de facto? Doch der kalten Invasion gegenüber ist Jawaharlal Nehru genau so machtlos wie etwa einer gewaltsamen Invasion, der bald auch ganz Sikkim, der enge Nachbar Nepals, zum Opfer fallen könnte.

A-Bomben?

Es hat begründeten Anschein, dass wir Sikkims willen in naher Zukunft sehr harte Worte aus Delhi zu Peking zum "Tor des himmlischen Friedens" gerichtet werden, und, wenn nicht alles täuscht, werden es Drohungen sein, die auch auf die Anwendung von Atombomben schliessen lassen. Nachdem China - wiederum einem vielfachen "on dit" zufolge - seine Kernwaffe bereits in der Sobu erprobt habe, wird Nehru das in den Atomreaktoren Indiens anfallende Plutonium auch entsprechend zu "nutzen" gewillt - oder gezwungen - sein. - Der Aufenthalt in Kathmandu ist abgeschlossen. Ich bin nicht traurig darüber, den Tempelsitz der Alten Götter zu verlassen. Jeder Tag kostet einen rund hundert harte Deutsche Mark.